

## Hauptkritikpunkte der Rede von SPD-Fraktionschef Andreas Stoch in der Aussprache zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Kretschmann

Stuttgart, Landtag, 8. Juni 2016



### Grundsätzliches

- **Keine moderne Zukunftsidee** für Baden-Württemberg, erst recht keine, die Grüne und CDU als angeblich „*im besten Sinne bürgerliche Koalition*“ zusammen als Kompass hätten; stattdessen **Sammelsurium des kleinsten gemeinsamen Nenners**, verpackt in allerhand **Phrasendrescherei**;
- **Wenig Konkretes**, und wo konkret oft **Etikettenschwindel**: keine eigenen neuen Ideen, sondern pure Fortschreibung grün-roter, oft sozialdemokratischer Initiativen;
- **Blindstelle** in zentralem Bereich: **Soziale Gerechtigkeit**, Armutsbekämpfung, Interessen der Arbeitnehmer und Familien sowie Anliegen von Benachteiligten völlig unterbelichtet; nur Zufall, dass im Titel „sozial“ und „gerecht“ nicht vorkommen?
- Fraktionschef Stoch überreicht den Vorsitzenden der Regierungsfractionen einen „**Phrasengenerator**“. Mit ihm kann man sich viele Worthülsen zurecht drehen und ist damit in der Lage, „*bei jedem Disput über die Politik der neuen Landesregierung kompetent Paroli zu bieten*“. Demnächst auch online auf [www.spd.landtag-bw.de](http://www.spd.landtag-bw.de)

## Defizite in einzelnen ausgewählten Politikfeldern

- **Haushaltskonsolidierung** als hehrer Anspruch weithin ohne Konkretion;
- Aber wo angedeutet, da falsch und sozial ungerecht: Einsparungen bei Beamten und weniger Geld für Kommunen;
- Finanzpaket in Höhe von 500 Mio. Euro für **Straße, Schiene und Hochschule** bleibt deutlich hinter unseren Erwartungen in diesen Bereichen zurück;
  
- Zu geringe Investitionen im **Wohnungsbau**, obwohl zentrale Aufgabe, gerade für Familien mit Kindern. Offensive für 40.000 bis 50.000 neue Wohnungen pro Jahr nötig, vor allem bezahlbare Mietwohnungen;
  
- **Gleiche Bildungschancen** für alle und individuelle Förderung rücken in Hintergrund;
- Zwar missmutiges Anknüpfen an grün-roten Reformen im Schulbereich, aber keine dynamische Weiterentwicklung in Sicht; Spardiskussion im Bildungsbereich droht;
- Fortbestand der wohnortnahen Grundschulversorgung in Gefahr;
  
- **Abschaffung des Integrationsministeriums** völlig falsches Signal angesichts der anhaltenden Herausforderungen durch Flüchtlingskrise;
- Viele Worthülsen (ein Pakt hier, eine Allianz dort), aber **Kommunen** bleiben im Ungewissen beim sozialen Wohnungsbau und bei **Finanzierung** der vielfältigen Aufgaben für Flüchtlinge;
  
- Kritik am **Mindestlohn- und Arbeitszeitgesetz** hält an;
- **Bildungszeitgesetz** leider sofort unter Beschuss durch neue Wirtschaftsministerin;
- Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „**Pflege** in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ und derjenigen zum **Armuts- und Reichtumsbericht** hätten mehr Aufmerksamkeit verdient;
  
- Europäische Integration zwar als „Staatsräson“ definiert, aber **Europaressort** wurde als Anhängsel ins Justizministerium verschoben;
  
- Mindestabstände für **Windkraftanlagen** sollen CDU zuliebe deutlich erhöht werden;

- Bei **Innerer Sicherheit** leisten sich Grüne Bankrotterklärung als liberale Bürgerrechtspartei: Zustimmung zur Prüfung von Einführung von Ermächtigungsgrundlagen zur präventiv-polizeilichen Erhebung von Kommunikationsverbindungsdaten und der Ermöglichung der präventiven Telekommunikationsüberwachung;
- Grüne gaben Segen für Prestige-Projekt der CDU: Fortsetzung des Freiwilligen Polizeidienstes. **Polizeiberuf** ist aber zu Recht qualifizierter Ausbildungsberuf. Schmalspurausbildung von Hilfs-Sheriffs genügt dafür nicht;
- Grün-Schwarz verspricht 1.500 neue, also zusätzliche **Polizeistellen**. Wo sollen die von heute auf morgen her kommen? Wird hier Mogelpackung präsentiert?
- **Digitalisierung** zweifellos komplexes Zukunftsthema, bei Grün-Schwarz scheinbar verkürzt auf Vergraben von Glasfaserkabeln; Aspekte wie informationelle Selbstbestimmung, Auswirkungen auf „gute Arbeit“ und Weiterqualifizierung der Beschäftigten spielen kaum Rolle;
- Mangelnde Wertschätzung für **Justiz**: Wort kommt exakt zweimal vor und der Zuschnitt des Ministeriums mit Europa und Tourismus ist schlechter Witz;
- Und Vorsicht: Alle Ankündigungen der grün-schwarzen Landesregierung stehen unter **Finanzierungsvorbehalt!**